VA Kollmann erläutert den Haushaltsentwurf für den Teilhaushalt 14 und geht dabei insbesondere auf den Marketingetat ein. Auf Nachfrage von RM Eggerichs teilt er mit, dass das (um 1 Jahr zurückgestellte) Gutachten für den Klosterpark die vorwiegend touristische Nutzung zum Inhalt haben wird, wobei ein Konzept zu gegebener Zeit noch zu beraten ist.

Hinsichtlich der Kosten für den Bereich Corporate Identity fragt RM Eggerichs, wie hoch die Ausgaben in 2009 waren und ob insgesamt das Ausschreibungsergebnis eingehalten wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Auftragssumme für die Erstellung der Corporate Identity beträgt brutto 23.639,35 €. Im Jahr 2009 wurden für die Erarbeitung der Corporate Identity Abschlagszahlungen in Höhe von 12.712,18 € brutto geleistet. Im Jahr 2010 stehen noch Zahlungen in Höhe von 10.927,17 € brutto aus. Diese sind im Haushaltsplan angesetzt. Das Ausschreibungsergebnis wird eingehalten. Im Haushaltsplan sind zusätzlich 1.000 € angesetzt, um bei Bedarf die Internetseite um weitere Module im Bereich Tourismus oder Wirtschaftsförderung zu ergänzen.

Im Folgenden erläutert VA Kollmann die vorgesehene Anschaffung eines Messestandes. Auf Nachfrage von RM Eggerichs teilt er mit, dass die Häufigkeit der Nutzung noch nicht beziffert sei. Zwar sei auch schon mit einigen Unternehmen gesprochen worden, dass diese bei Messeauftritten das künftige Banner der Stadt mit aufstellen sollten, eine diesbezügliche konkrete Rückmeldung liegt jedoch noch nicht vor. Auch die Frage, ob eine Vermarktung über die "JadeBay" erfolgen kann, ist noch nicht abschließend entschieden. Eine Vermarktung über die Friesland-Touristik erfolgt bereits, jedoch nur in Form von Prospektmaterial. RM Eggerichs stellt den Antrag, den Messestand zu streichen, da ihm eine konkrete ausreichende Nutzung fehlt für eine Ausgabe von 1.500 Euro. Der Vorsitzende lässt über diesen Antrag abstimmen.

Es wird mehrheitlich beschlossen, die Kosten für den Messestand nicht zu streichen.

VA Kollmann setzt seine Erläuterungen fort. Auf Nachfrage von RM Eggerichs erklärt er, dass bislang die städtische Ausfallbürgschaft für das Oktoberfest bei durchschnittlich 3.000 Euro lag. RM Eggerichs stellt daher den Antrag, den Ansatz von 5.000 Euro auf nunmehr 3.000 Euro zu reduzieren. Der Vorsitzende lässt auch über diesen Antrag abstimmen.

Es wird beschlossen, den Ansatz der Ausfallbürgschaft für das Oktoberfest auf 3.000 Euro festzusetzen. Damit reduziert sich der Ansatz für den Marketingetat von 80.000 Euro auf nunmehr 78.000 Euro. Der Ergebnishaushalt schließt somit mit 234.900,00 Euro ab.